

Forum Lipinski

Sozialdemokratische Meldungen aus Stadt, Land, Bund und Europa
Constanze Krehl (MdEP), Daniela Kolbe (MdB), Holger Mann (MdL) und Dirk Panter (MdL)



Engagiert für Frieden und Solidarität im Nahen Osten

Sozialdemokratische Jugendorganisationen aus Israel, Palästina und Deutschland betreiben in Jerusalem ein einzigartiges und hoffnungsvolles Projekt. Direkt auf der „grünen Linie“ liegt das Haus, das nach dem Friedensnobelpreisträger und langjährigem

Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale benannt ist: das Willy Brandt Center. In vielfältigen Projekten tauschen sich hier junge Israelis, Palästinenser und Deutsche aus. Sie arbeiten für Solidarität und Gleichberechtigung, für Vertrauen und friedliche

Koexistenz zwischen und in ihren Gesellschaften.

Unsere Autoren berichten vom Projekt und der Jahreskonferenz, die im Oktober 2011 in Jerusalem stattfand.

...▶ Seite 10

Einladung zum Neujahrsempfang

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir laden Euch herzlich zum Neujahrsempfang auf „Die Etage“ am Freitag, 6. Januar, 17.30 Uhr ins Richard-Lipinski-Haus, Rosa-Luxemburg-Str. 19/21 in Leipzig, ein.

Dort möchten wir zusammen mit Euch das neue Jahr in angenehmer Atmosphäre bei musikalischer Umrahmung und einem kleinen Imbiss beginnen. Auch die kleinen Gäste sind herzlich eingeladen und werden sich bei der Kinderbetreuung wohlfühlen. Es ist uns eine besondere Freude, zu diesem Anlass die Fotoausstellung „Einblicke“ im Lipinski-Haus zu eröffnen (s. Seite 2).

Wir freuen uns, Euch beim Neujahrsempfang zu begrüßen.

Daniela Kolbe, MdB
Constanze Krehl, MdEP
Holger Mann, MdL
Dirk Panter, MdL

Die Themen

Constanze Krehl – Ringen um Fördergeld: Die Neuordnung der europäischen Kohäsionspolitik

...▶ Seite 4

Dirk Panter – Aufbruchsstimmung im MDR: Rundfunkrat wählt Karola Wille zur neuen Intendantin

...▶ Seite 6

Daniela Kolbe – Der Euro und die Verantwortung vor Europas Geschichte

...▶ Seite 8

Holger Mann – Standpunkt: Handygate oder viel Lärm um nichts? Wie in Sachsen Ermittlungsbehörden das Recht dehnen

...▶ Seite 9

Aus dem Inhalt

Die Tanzschule Seifert	2
Ausstellung „Einblicke“	2
Rosa Luxemburg in Leipzig	3
Jusos gegen rechts	10



Fotoausstellung „Einblicke“

Viele Menschen mit einer Behinderung müssen in einem Heim oder bei Angehörigen leben. Der Weg in eine eigene Wohnung scheint nicht möglich. Dennoch haben einige - jüngere wie ältere - diesen Schritt gewagt. Sie sind ausgezogen und haben einen eigenen Haushalt gegründet. Der Leipziger Künstlerin Manuela Kasemir ist es gelungen,

ihr Gegenüber ganz natürlich zu porträtieren. Ihre Bilder zeigen Menschen, denen der Wert von Privatheit wirklich bewusst ist. Damit schaffen sie mit jedem Tag ein echtes Kunstwerk - ein Leben in Zufriedenheit.

Die Ausstellung zeigt 32 Portraits von Menschen mit geistiger oder körperlicher Behin-



Foto: Kasemir

derung, die mit ambulanter Unterstützung der Diakonie am Thonberg selbstständig in einer eigenen Wohnung leben.

Die Ausstellung „Einblicke“ ist ab 6. Januar 2012 im Lipinski-Haus zu sehen.

Unsere Nachbarn: Tanzschule Seifert

Die Gründung der Tanzschule Seifert geht auf das Jahr 1919 zurück. Am 28. August meldete Liesbeth Seifert in Leipzig das Gewerbe für eine Tanzschule an. Seit diesem Tag unterrichtete sie gemeinsam mit ihrem Mann Robert Seifert Anfänger und Fortgeschrittene. Drei ihrer fünf Kinder führten das Geschäft auch über die Grenzen Leipzigs weiter. Einzig Helmut Seifert blieb in der Stadt und gründete mit seiner Frau Christa Seifert-Naumann die Tanzschule in der Leplaystraße, wo 50 Jahre lang das Tanzbein geschwungen wurde.

Seit 1999 ist die traditionsreichste Leipziger Tanzschule

nun in der Rosa-Luxemburg-Straße 19/21 beheimatet, wo Bodo, Marina und Tim Seifert von Montag bis Sonntag Tanzkurse für die verschie-

dener, sowie die, die es noch werden möchten, finden hier das richtige Angebot. Von Walzer und Disco-Fox über Cha Cha Cha bis Salsa und

Abgerundet wird das Kursangebot durch zahlreiche Veranstaltungen wie Galabälle, Tanzpartys mit wechselnden Mottos oder Übungspartys, um die erlernten Tänze in der Praxis anwenden zu können. Selbst Erlebnisreisen und Treffen mit anderen Tanzschulen werden organisiert und gehören zu den Highlights im Jahreskalender.

Die jeweils aktuellen Angebote und noch vieles mehr aus der Welt des Tanzes, wie Tanzschuhe oder CDs, findet man bei einem Besuch direkt in der Tanzschule oder der Internetseite www.tanzschuleseifert.de.

Tim Seifert



densten Stilrichtungen und Altersgruppen anbieten. Vom Grundkurs bis zum langjährigen Tanzkreis ist alles vertreten und jeder begeisterte

Tango kann jeder Paartanz in geselliger Runde erlernt werden und auch Solotänzer kommen im Bereich Steptanz auf ihre Kosten.

Rosa Luxemburgs Weg zur Leipziger Volkszeitung (II)

Geschichte der Leipziger Sozialdemokratie (Folge 3)

Als Luxemburg in Deutschland aktiv wurde, entfachte Eduard Bernstein gerade die Debatte, ob der Sozialismus nur auf revolutionärem Wege oder auch durch Demokratisierung und systemüberwindende Reformen zu erringen sei.

Ihre erste Publikation, in der sie sich als marxistische Theoretikerin einen Namen machte, „Sozialreform oder Revolution“, beruht auf einer Artikelserie, die im September 1898 und April 1899 in der LVZ erschien - eine Replik auf Bernsteins Revision des Marxismus. Der Begriff „Revisionismus“ geht auf Bruno Schönlink zurück, der die süddeutschen Vorschläge zur Agrarreform auf dem Breslauer Parteitag 1895 als „Revision des Parteiprogramms“ bezeichnete. Der Begriff wurde fortan für den pragmatischen und sozialreformerischen Teil der Partei (süddeutsche Verbände und große Teile der Reichstagsfraktion) und ihre taktischen und inhaltlichen Beiträge verwendet.

Bernstein veröffentlichte 1897/98 in der Neuen Zeit und in der Monografie „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ seine Thesen. Der von Marx prophezeite Zusammenbruch des Kapitalismus sei ausgeblieben, da dieser sich als lebens- und an-



Foto: BArch Bild 10-1183/68

passungsfähig erwiesen habe. Die Erfolge der Gewerkschaften, die die Verelendung des Proletariats beendeten, die Stabilität der Mittelschichten sowie das Kreditsystem stabilisierten, federten die Höhen und Tiefen der Konjunkturen ab und verhinderten Krisen. Daher kommt er zu der pragmatischen Schlussfolgerung, die Sozialreform als pluralistische, parlamentarische Mitregierung der Sozialdemokratie, soziale (Wirtschafts-) Demokratie mit Gewerkschaften, Mitbestimmung und Genossenschaften im kapitalistischen System zum Weg in den Sozialismus zu zeichnen.

Dieser Weg sei ihm alles, das Endziel bedeute ihm nichts: „Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles.“

Rosa Luxemburg widersprach, dass die „Sozialreform“ – tagespolitische Forderungen und Erfolge von Gewerkschaften und Genossenschaften – immer nur in grundsätzlicher Systemopposition betrieben und niemals Selbstzweck werden darf. Sie bereiteten den Boden für ein Erstarken der politischen Kräfte und des Bewusstseins des Proletariats und seien daher unverzichtbar, doch der kapitalistische

Staat, die kapitalistische Ordnung werde dennoch in einer Krise zusammenbrechen und umgestürzt werden.

Praktischer Hintergrund des erbitterten Streits war natürlich: Wie sehr sollten sich die sozialdemokratischen Politiker (in staatlichen Institutionen wie den Sozialversicherungen, als Kommunalpolitiker und als Abgeordnete nicht nur in Fundamentalopposition) integrieren dürfen und mitbestimmen – so aber immer weniger Interesse am Umsturz des bestehenden Staates und Wirtschaftssystems entwickeln, es stabilisieren? Damit war der weitere Weg der Sozialdemokratie von der proletarisch-marxistischen zu einer liberaldemokratischen vorgezeichnet.

Rosa Luxemburg kritisierte diesen Weg entschieden: „Da aber das sozialistische Endziel das einzige entscheidende Moment ist, das die sozialdemokratische Bewegung von der bürgerlichen Demokratie und dem bürgerlichen Radikalismus unterscheidet, das die Arbeiterbewegung aus einer mäßigen Flickarbeit zur Rettung der kapitalistischen Ordnung in einen Klassenkampf gegen diese Ordnung verwandelt, so ist die Frage Sozialreform oder Revolution? im Bernsteinschen Sinne für die Sozialdemokratie zugleich die Frage: Sein oder Nichtsein?“ (Zitat aus dem Vorwort der Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“).

Karin Luttmann

Kontakt

Constanze Krehl, MdEP
Tel.: 0341 - 961 63 47
europa@constanze-krehl.eu

Daniela Kolbe, MdB
Tel.: 0341 - 268 20 10
daniela.kolbe@wk.bundestag.de



Wahlkreisbüros
in der 3. Etage

Rosa-Luxemburg-Straße 19/21

04103 Leipzig

Holger Mann, MdL
Tel.: 0341 - 124 88 18
info@holger-mann.de

Dirk Panter, MdL
Tel.: 0341 - 124 88 20
buergerbuero@dirk-panter.de

Entscheidungsfindungen sind in der Europäischen Union oft ein mühsames Ringen um die richtige Richtung und die nötigen Kompromisse. Das gilt besonders dann, wenn zwischen Rat, Kommission und Parlament um viel Geld verhandelt wird. Auch Expertinnen und Experten verlieren bei den vielen Zwischenschritten und den (für die Klarheit in allen Amtssprachen nötigen) bürokratischen Formulierungen schnell den Überblick. So überraschte vor Kurzem selbst der Sächsische Justiz- und Europaminister mit der Aussage, die zukünftigen EU-Fördermittel für die Stadt Leipzig stünden fest. Dem ist leider noch nicht so, auch wenn die Zeichen gut stehen, dass die dringend benötigten Mittel auch weiterhin fließen. Ein Überblick zum Stand der Dinge.



Constanze Krehl im Europäischen Parlament in Strasbourg

Foto: EP

Ringeln um Fördergeld

Die Neuordnung der europäischen Kohäsionspolitik

Rund vier Milliarden Euro sind seit Beginn der jetzigen Förderperiode im Jahr 2007 aus den Strukturfonds der Europäischen Union nach Sachsen geflossen, um dem Freistaat unter die Arme zu greifen. Wie Sachsen haben auch andere europäische Regionen von Fördergeldern für verschiedene Projekte profitiert. Denn europäische Strukturpolitik heißt: den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – die „Kohäsion“ aus der etwas sperrigen Bezeichnung „Kohäsionspolitik“ – unserer Regionen zu unterstützen, Beschäftigung voranzubringen und städtische wie ländliche Räume ihren Bedürfnissen nach zu fördern. Dafür nimmt die Europäische Union viel Geld in die Hand: Die Mittel für Struktur- und Regionalförderung sind neben der Agrarpolitik der größte Haushaltsposten.

Da die aktuellen Förderprogramme 2013 auslaufen, gilt es ein neues Paket für die Strukturpolitik zu schnüren. Am 6. Oktober hat die EU-Kommission das neue Verordnungspaket zur Neuordnung der Regionalpolitik vorgelegt, über das Parlament und Regierungschefs im Rat in den nächsten Monaten verhandeln werden. Die neuen Regeln sollen Anfang 2014 in Kraft treten und sieben Jahre lang gelten. Insgesamt soll der Budgetrahmen für die Regionalpolitik für die Jahre 2014 bis 2020 rund 376 Milliarden Euro umfassen. Allerdings ist der mehrjährige Haushalt der EU noch nicht abschließend verhandelt; auf konkrete Zahlen muss das Parlament noch warten.

Das Dach des neuen Gesetzespakets bildet die sogenannte erweiterte Allgemeine Verordnung, mit der für alle Fonds die Leitlinien zur Förderberechtigung und zur Förderdauer, die Definition der Zielgebiete und die Förderhöchstsätze vorgegeben werden. Neben den Bestimmungen für die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds enthält die Verordnung erstmalig auch Regelungen zum Europäischen Landwirtschaftsfonds und zum Fischereifonds. Durch diesen umfassenden Ansatz – ein einziges Regelwerk für fünf verschiedene Fonds – soll die Mittelvergabe vereinheitlicht werden.

Für diese übergreifende Verordnung bin ich als Berichterstatterin zuständig und stehe in meiner Funktion als sozialdemokratische Koordinatorin des Regionalausschusses vor der Herausforderung, die Vorstellungen der sozialdemokratischen Fraktion einerseits und die des gesamten Parlaments andererseits mit diesem Bericht zu vertreten.

Eine der wichtigen Neuerungen im Regelwerk betrifft dann auch die Fördermittel für die Stadt Leipzig. Nach zähem Ringeln ist es uns gelungen, eine neue Zwischenkategorie für Regionen einzuführen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwischen 75 und 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. In diese Kategorie würden auch Sachsen und die anderen ostdeutschen Bundesländer fallen, die zukünftig „Übergangsregionen“ wären. Wie viel Geld allerdings in diese Kategorie fließen und wie die konkrete Ausgestaltung aussehen wird, müssen wir jetzt verhandeln.

Constanze Krehl

Lieber gleich berechtigt

Vom „kleinen Land im Norden“ lernen

„Bei allen ihren Tätigkeiten wirkt die Union darauf hin, Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“, heißt es in Artikel 8 des Vertrags zur Europäischen Union. Wirkliche Gleichstellung haben wir in Europa allerdings noch lange nicht erreicht. Doch einige Länder haben mehr Anstrengungen unternommen und sind dem Ziel näher gekommen. Dazu gehört Norwegen, das zwar kein Mitglied der Europäischen Union ist, aber als Vorzeigeland in Sachen Gleichstellungspolitik gilt.

Als frauenpolitische Sprecherin der SPD-Gruppe im Europaparlament habe ich Ende September auf Einladung der Fraktionsvorsitzenden der Arbeiterpartei, Helga Pedersen, Oslo besucht, um mich mit Abgeordneten, den Gewerkschaften, der Ombudsfrau für Gleichheit und Antidiskriminierung und dem Gleichstellungsminister Audun Lysbakken auszutauschen.

So weist Norwegen die europaweit höchste Geburtenrate



SPD-Wahlplakat von 1919

bei der gleichzeitig höchsten Erwerbstätigenrate von Frauen auf. In Vorständen und Leitungsfunktionen sind die Frauen an der Spitze angekommen.

Die Erfolge kommen nicht von ungefähr. Die Debatte zur Gleichstellung von Mann und Frau wird in Norwegen schon lange geführt – in Gesellschaft wie Politik. Im Vergleich dazu stehen wir in Deutschland noch relativ am Anfang, wie die aktuelle Debatte zwischen den Ministerinnen Schröder und von der Leyen zur Frauenquote zeigt.

Auf Grundlage der breit geführten gesellschaftlichen Debatte konnte eine strategische Trias zur Gleichstellung umgesetzt werden. Sie beinhaltet Maßnahmen einer modernen Familienpolitik wie beispielsweise der Einrichtung der Väterzeit, Gender Mainstreaming und Gender Budgeting sowie der Frauenförderung. Besonders mit der Einführung einer gesetzlichen Frauenführungsquote für Aufsichtsräte wurde das norwegische Modell hierzulande bekannt.

Was mir als wichtigste Botschaft meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner vor allem im Gedächtnis geblieben ist, ist folgende Feststellung: Die Politik muss den Rahmen für die Gleichstellung vorgeben, damit die Gesellschaft ihn ausgestalten kann. Freiwillige Verpflichtungen helfen da leider nicht wesentlich weiter. Wenn nächstes Jahr im März Justiz-Kommissarin Viviane Reding ihre Vorschläge zum Thema Frauenquote zur Diskussion stellt, werden mir die Anregungen meiner norwegischen Kolleginnen und Kollegen sicher hilfreich sein.

Zum Ende unseres Besuchs in Oslo konnte ich die Gelegenheit wahrnehmen, an der Domkirche der Hauptstadt Blumen niederzulegen und den Opfern der Anschläge von Oslo und Utøya zu gedenken. Der Schock, der im Juli über das „kleine Land im Norden“ (wie die Norweger ihr Land selbst bezeichnen) gekommen ist, war immer noch spürbar.

Constanze Krehl

Vier auf einen Streich

FES bringt politische Sachbücher ins Gespräch

Obwohl der hier gewählte Titel eher die abgespeckte Version des Grimmschen Märchens „Das tapfere Schneiderlein“ vermuten lässt, handelt es sich um ein spannendes neues Veranstaltungsformat der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). In Anlehnung an das durch den so genannten Literaturpapst Marcel Reich-Ranicki bekannt gewordene Fernsehformat „Literarisches Quartett“ veranstaltete die FES bereits zum zweiten Mal das „Politische Quartett“. Zu dieser Diskussionsrunde im „Grünen Salon“ der Schaubühne Lindenfels werden jeweils vier politische Sachbücher vorgestellt und diskutiert.

Vorgestellt werden die Bücher von vier prominenten Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Berufsfeldern – verschiedene Blickwinkel sind also garantiert. Wer zum Beispiel schon immer

einmal die Meinung einer Politikwissenschaftlerin (Prof. Rebecca Pates) oder eines Politikers (Dirk Panter) zu aktuellen politischen Veröffentlichungen hören wollte, sollte auf die nächste Veranstaltungsankündigung des „Politischen Quartetts“ achten.

Clemens Naumann

Neustart in der MDR-Zentrale

Mit Karola Wille steigen die Chancen auf Reformen in der mitteldeutschen Rundfunkanstalt

„Ehrlich, integer, unbestechlich“, so beschreibt Dirk Panter, Mitglied im MDR-Rundfunkrat, die frisch gewählte MDR-Intendantin Prof. Dr. Karola Wille. Eigenschaften, die nötig sind, um nach einer Serie von Skandalen endlich wieder in ruhigerem Fahrwasser zu manövrieren und somit die lang aufgeschobenen strukturellen Veränderungen angehen zu können. Dies wird die Hauptaufgabe von Karola Wille sein, die auf Prof. Dr. Udo Reiter folgt, der im November den Sender nach zwanzigjähriger Amtszeit verlassen wird.

Zu Beginn des Nachfolge-Verfahrens sah die Situation noch ganz anders aus. Nach einer turbulenten Sitzung hatte der MDR-Verwaltungsrat zunächst den Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, Bernd Hilder, nominiert – wohlgermerkt erst im vierten Wahlgang. Den Rundfunkräten des MDR schmeckte dieser Vorschlag allerdings überhaupt nicht, sie ließen Bernd Hilder glatt durchfallen. So bot sich für die gegenwärtige Justiziarin Wille doch noch die Chance auf das wichtigste Amt der mitteldeutschen Medienlandschaft. In der ersten Abstimmungsrunde des Verwaltungsrates hatte sie zu Anfang knapp vorn gelegen, dann wurde aber doch Bernd Hilder nominiert. Nach dessen Niederlage wurde sie dann aber einstimmig am 9. Oktober vom Verwaltungsrat nominiert. Der Rundfunkrat wählte sie im Anschluss am 23. Oktober mit deutlicher Mehrheit ins Amt der Intendantin.

Ihre Wahl sowie das gesamte Verfahren sind historisch zu nennen – zum ersten Mal führt eine Frau den MDR und zum ersten Mal in der Geschichte des MDR widersetzten sich die Rundfunkräte dem Intendantenwunsch des Verwaltungsrates und zeigten somit auch ihre Eigenständigkeit gegenüber den Personalwünschen der Sächsischen Staatskanzlei, die Hilder favorisiert hatte.

Diese Emanzipation verhalf Prof. Dr. Wille nicht nur ins Amt, sondern gibt ihr gleichzeitig Rückenwind für ihre ambitionierten Pläne. Neben der Aufgabe, die Skandale durch rückhaltlose Aufklärung endgültig zu beenden, möchte sie auch die richtigen Konsequenzen aus den Affären ziehen, um eine Wiederholung in der Zukunft zu verhindern. Es gilt, das Vertrauen der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzugewinnen. Relevant ist für sie in diesem Zusammenhang eine „gemeinsame Verantwortungskultur“. Diese sei grundlegende Voraussetzung, um den MDR für das digitale Medienzeitalter fit zu machen: Durch transparentere Entscheidungsprozesse und Optimierung des Controlling soll die Entstehung suspekter Finanzströme verhindert werden. Schließlich wirtschaftet der Sender mit Geldern der GEZ, also der Zuschauerinnen und Zuschauer, die zu Recht einen ehrlichen Umgang damit einfordern.

Nach Abschluss der Aufklärung und der notwendigen Strukturanpassungen wird wieder mehr Zeit für das Wesentliche bleiben, den öffentlich-rechtlichen Auftrag im Interesse der Zuschauerinnen und Zuschauer zu erfüllen. Hierbei stellt sich vor allem die Frage, wie die Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen befriedigt werden können. Neben einem Angebot für

Rundfunkrat emanzipiert sich



Fokus auf den Auftrag

Kinder, wie es der KiKa schon seit langem qualitativ hochwertig anbietet, sollen auch verstärkt Formate für Jugendliche und junge Erwachsene angeboten werden. Im Gegensatz zur privaten Konkurrenz müssen diese Angebote aber auch dem höheren Qualitätsanspruch des Öffentlich-Rechtlichen genügen.

Um dem Informationsauftrag des Senders stärker in den Fokus zu rücken, wird diskutiert, den Bereich Nachrichten/Aktuelles auszubauen. Der MDR soll die Stimme des Ostens sein, mit fundierten regionalen und überregionalen Informationen für seine Zuschauerinnen und Zuschauer. Die Herausforderung für Prof. Dr. Wille besteht also darin, das Bewährte zu stärken und trotzdem neue Wege zu gehen. Das heißt, die Rolle der Einschaltquoten bleibt weiterhin wichtig, zeigt sie doch das Votum der Zuschauerinnen und Zuschauer für ein Format. Dennoch darf die Quote nicht zu einem Diktat werden, das neuen Formaten die Aufnahme ins Programm komplett verwehrt. Schließlich haben auch die heute beliebtesten Sendungen einmal Premiere gefeiert.

Mit dem Amtsantritt von Karola Wille als Intendantin gewinnen überfällige Reformen an Kontur und ein optimistischer Blick in die Zukunft ist gerechtfertigt. Die berühmten ersten 100 Tage werden die Richtung erkennen lassen, in die der MDR steuert.

Der Deutsche Bundestag beschließt die Gesetze, aber woher bekommen wir Abgeordneten unsere Informationen? Für mich ist klar: Texte lesen und Expertengespräche sind notwendig. Sie ersetzen aber nicht die Besuche an der Basis und die Gespräche vor Ort.

Sechs Stationen hatte deshalb meine Praktikatour im Sommer 2011, bei der ich mir Bereiche angesehen habe, die von der Politik besonders stark beeinflusst sind, oder die besonders stark im Fokus der öffentlichen Diskussion stehen. Ich war bei der Polizei, im Jobcenter, einem integrativen Kindergarten, einer Werkstatt für behinderte Menschen, bei einem Unternehmen der Zeitarbeitsbranche und beim freien „Radio Blau“. Um nicht nur einen oberflächlichen Eindruck zu gewinnen: jeweils gleich einen ganzen Tag. Das hat sich gelohnt, ich habe einen intensiven Einblick erhalten und auch selbst praktische Erfahrungen gesammelt.

Besonders beeindruckt haben mich die Gespräche zu den Arbeitsbedingungen der Menschen in Leipzig. Die verheerenden Auswirkungen der geplanten und schon ausgeführten Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik hat mir mein Besuch im Leipziger Jobcenter vor Augen geführt. Die Bundesregierung hat die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik von 2010 auf 2011 um 1,3 Milliarden Euro und damit im Schnitt um 20 Prozent aller Mittel der Jobcenter gekürzt. Bei den Jobcentern vor Ort fehlt das Geld für dringend erforderliche Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen und für öffentlich geförderte Beschäftigung. Insbesondere die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen ist davon betroffen, gerade weil Mittel für Personal und Verwaltung in den Jobcentern fehlen. Diese Kürzungen müssen zurückgenommen werden, darüber sind wir uns in der SPD einig!



Daniela Kolbes Praktikumstag in einer Werkstatt für behinderte Menschen

Foto: Maik Hillenbach/BBW Leipzig

Arbeiten für gute Arbeit: meine Praktikatour

Darüber hinaus will die SPD einen guten Förderrahmen für eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik schaffen. Dieser soll dauerhaft sicherstellen, dass der Ausbau von Fertigkeiten und Fähigkeiten gefördert und statt prekärer Beschäftigung das Entstehen von guter Arbeit begünstigt und die soziale Teilhabe verbessert wird. Ich persönlich bin der Meinung, dass dies auch eine drastische Einschränkung der 400-Euro-Jobs beinhalten muss.

Ein besonders häufiger Fall von unsicherer Arbeit sind die Zeit- und Leiharbeitsverhältnisse, über die ich bei meinem Praktikum in einer Zeitarbeitsfirma sprach. Die Löhne sind dort oft niedrig und die Arbeitsbedingungen unsicher. Gerade in Leipzig zeigt sich das eklatante Problem, dass dadurch Menschen vielfach trotz Arbeit nicht genug zum Leben haben und aufstocken müssen. Obwohl längst Konsens besteht, dass die Liberalisierung der Leiharbeit zu

weit ging, macht die Bundesregierung hier nichts. Wir als Sozialdemokratie fordern die ausnahmslose Einführung von EqualPay, also gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit, um eine Spaltung der Belegschaften zu verhindern.

Mein Fazit: Die Tour hat mir wichtige Einblicke gegeben, die ich mit nach Berlin nehme: die dringend notwendige Aufstockung der Mittel für die Jobcenter, aber auch die überraschende Erfahrung, dass es auch Zeitarbeitsfirmen gibt, die kein Problem mit der Einführung von EqualPay haben. Davon müssen wir jetzt „nur“ noch die Koalitionsfraktionen überzeugen.

Der Euro und die Verantwortung vor Europas Geschichte

Der Euroraum ist in der Krise, die Zukunft unserer Gemeinschaftswährung macht uns Sorgen. Den Euro aufzugeben ist keine Option, denn seine Vorteile für den Wohlstand sind enorm. Der größte Binnenmarkt der Welt bietet große Chancen für Export und Auslandsinvestitionen, die gerade Deutschland nutzt. Die gemeinsame Währung symbolisiert zudem wie kaum etwas Zweites die europäische Gemeinschaft, die geschaffen wurde, um die Kriegsschrecken der europäischen Nationalismen zu überwinden.

Klar ist: Den Euro rettet man nicht im Vorübergehen, wie es die Regierung zunächst versuchte. Das Zaudern von Schwarz-Gelb hat die Krise verschärft und die Kosten er-

höht. Aber die Bedeutung des Euro ist zu groß, um ihn der Orientierungslosigkeit dieser Regierung zu opfern. Deshalb hat sich die SPD entschieden, verantwortbare Schritte zur Stabilisierung des Währungsraums grundsätzlich gemeinsam mit der Bundesregierung zu gehen. Das Parlament muss darüber entscheiden, eine Reihe zentraler Gesetze stehen zur Abstimmung. Nach der Ausweitung der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) steht nun deren „Hebelung“ an. Spätestens im Frühjahr wird der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) im Bundestag verhandelt.

Allein das wird nichts nützen, wenn die Krisenländer nicht auf die Beine kommen. Im

Moment werden sie durch beinharte Sparpakete stranguliert. Für Griechenland kann eine verpflichtende Beteiligung der Gläubiger eine Möglichkeit zur Reduzierung der Schulden sein.

Auch wenn über manches Detail vor allem die Fachpolitikerinnen und -politiker debattieren, ist allen Abgeordneten des Deutschen Bundestags ihre Verantwortung bewusst. Vor den finanziellen Verpflichtungen an diese und die zukünftige Generation, aber auch vor der Geschichte der Europäischen Integration, die wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen dürfen.

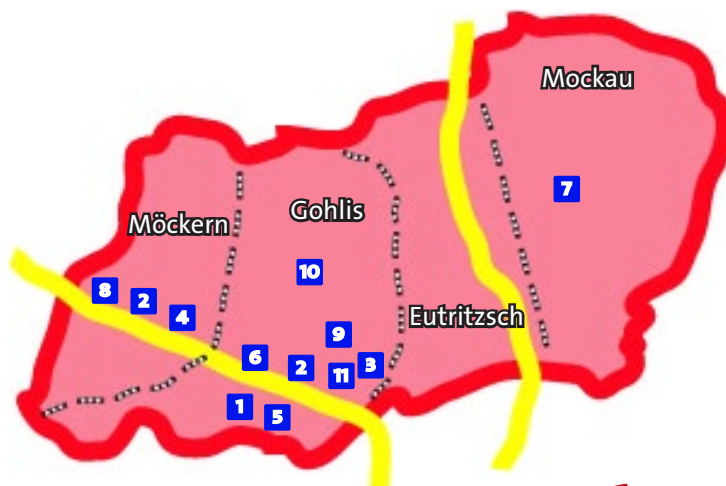
Daniela Kolbe

Sommertour 2011

Stationen im Wahlkreis von Holger Mann

Während der parlamentarischen Sommerpause nutzte Holger Mann die Gelegenheit, mit Bürgerinnen und Bürgern in seinem Wahlkreis ins Gespräch zu kommen und deren Vereine sowie Initiativen kennen zu lernen. Berichte und Fotos zur Sommertour sind auf der Internetseite www.holger-mann.de zu finden, die seit August in neuem Design erscheint. Das Bürgerbüro Mann freut sich über Anregungen und Hinweise zur nächsten Tour.

1. Kleingartenverein Volksgesundung
2. Haushalten e.V. (Wächterhäuser)
3. Bürgerverein Gohlis
4. Starke Nachbarschaften
5. BürgerInneninitiative Gemeinsam gegen Schall und Rauch, Stadthäuser e.V.
6. Infozentrum Georg-Schumann-Str. 126
7. Integrationskindergarten Fröbelchen
8. Bibliothek Stadtteil Gohlis
9. Augsburgische Gesellschaft für Lehm- und Ziegelmasonry
10. Kleingartenverein Seilbahn e.V.
11. Evangelische Verlagsanstalt (EVA)



Weihnachten im Schuhkarton

Holger Mann bittet um die Unterstützung der Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“. Diese karitative Initiative möchte Mann allen in der vorweihnachtlichen Zeit ans Herz legen, da nicht jedes Kind Weihnachtsgeschenke erhält. Kindern aus Ländern wie Bulgarien, Serbien oder dem Kosovo kann durch die Geschenk-Aktion einfach geholfen werden: einen Schuhkarton mit Geschenkpapier bekleben und ihn mit Geschenken für einen Jungen oder ein Mädchen füllen.

Kartons können bis zum 14. November 2011 um 12 Uhr im Bürgerbüro Mann abgegeben werden.

Weitere Infos unter www.geschenke-der-hoffnung.org/ weihnachten-im-schuhkarton oder www.holger-mann.de.



Seit Monaten bewegen die Medien und den Sächsischen Landtag die Ereignisse rund um den 19. Februar in Dresden. Am Anfang stand eine der vielen Ermittlungen versus Gegendemonstranten des Neonaziaufmarsches am 19. Februar 2011.

Die taz machte es am 19. Juni publik: Gegen den Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten wurden Erkenntnisse aus Telefon-Überwachungsmaßnahmen (Gesprächspartner und Bewegungsprofile) durch die Staatsanwaltschaft verwandt. Vor- geworfen wurde ihm sein ziviler Un- gehorsam: die Behinderung einer De- monstration.

Dabei ist die vom Gesetzgeber und vom Bundesverfassungsgericht gezo- gene Grenze klar. TKÜ (Telefon- und Kommuni- kationsüberwa- chungsmaßnahmen) sind überhaupt nur bei schweren Straftaten recht- lich zulässig (§ 100g StPO). Damit sind auch deren Ermittlungsergebnisse nur bei solchen Vorwürfen einsetzbar. Der Bericht schlug Wellen. Auf beharrliches Nachfragen von Journalisten und Opposition musste die Staatsregierung einräumen, dass aus Funkzellen über 1.034.402 Gesprächsdaten gespeichert und den Ermittlungsbehörden von SOKO und LKA zur Verfügung gestellt wurden.

Erst eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Henning Homann machte später bekannt, dass neben Standort und kontaktierten Telefonnummern auch 40.732 Bestandsdaten (Telefonnummer, Besitzer, Anschrift) im Rahmen von „Strukturermittlungen gegen eine kriminelle Vereinigung“ abgefragt wurden. Inzwischen weiß man, dass über einen Zeitraum von mehr als 48 Stunden in mehreren Dresdner Stadtteilen Telefondaten überwacht wurden. Darunter waren auch die Mobiltelefone von Anwohnern, Journalisten, Anwälten, Politikern und Geistlichen. Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte das Vorgehen als unverhältnismäßig und rechtswidrig, Teile der Grünen und der Linken zugespitzter

als bewusste Kriminalisierung demokratischen Protestes. Der parlamentarische Streit über die Grenzen des rechtlich Zulässigen war nun vollends entbrannt.

Am 8. September schließlich hielt der Sächsische Datenschutzbeauftragte Andreas Schurig in einem 53-seitigen Bericht für den Landtag detailliert fest: Die Funkzellenabfragen des LKA Sachsen am 18. und 19. Februar 2011 in Dresden waren nicht verhältnismäßig und die Datenschutzmaßnahmen un- zureichend.

Als unzureichend ist bisher auch die Re- aktion der Säch- sischen Staats- regierung zu bezeichnen: Anfängli- chem Ab- wiegeln und der Salami- taktik der Regierung folgten bi- zarre Manö- ver.

So wurde dem Bericht des Da- tenschutzbeauf- tragten nur fünf Tage später ein „externes“ juristisches Gutachten – wohl gemerkt ohne Akteneinsicht – entgegengestellt. Zur Aufklärung will man offensichtlich nicht beitragen. Vielmehr steigt bis zuletzt der Ermittlungsdruck: sei es auf den Jugendpfarrer Lothar König in Jena oder aber den Vorsitzenden der Linksfraktion in Sachsen, André Hahn, – Beides konstruierte Ver- dachtsfälle.

Aber es geht hier auch nicht um die Frage, welche Protestformen gegenüber Neonaziaufmärschen legitim sind und ob das Zusammenspiel von Behörden, Polizei und Demonstranten in Dresden geeignet war, diesen Protest zu kanali- sieren. Es geht inzwischen um viel mehr. Es geht um die Frage, ob die Grenzen der polizeilichen Ermittlungstätigkeit nur noch durch das tech- nisch Machbare limitiert sind. Und ob dadurch die aus den Grundrechten abgeleiteten Schutz- und Bürgerrechte gegen den Staat ausgehebelt werden.

Die SPD tut deshalb gut daran, sich – auch in die- sen konkreten Fällen – deutlich zur Freiheit als schützenswertes Gut zu bekennen!

Mein Standpunkt

**Handygate oder viel Lärm um nichts?
Wie in Sachsen Ermittlungs-
behörden das Recht dehnen**

von Holger Mann

Jusos Leipzig- aktiv im Kampf gegen rechts



Ein besonders wichtiger Teil der Arbeit der Jusos ist und bleibt der Kampf gegen Neonazis und deren menschenverachtende Ideologie

Wir diskutieren mit jungen Menschen immer wieder darüber, dass es auch heute noch menschenverachtende Einstellungen gibt, die in breiten Teilen der Gesellschaft anzutreffen sind. Auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft werden rassistische Parolen an Stammtischen gepredigt. Befeuert werden diese Einstellungen auch von Leuten wie Thilo Sarrazin. Mit Abendveranstaltungen, Seminaren und Projekten machen die Jusos auf die aktuellen Entwicklungen in der rechten Szene aufmerksam. Darüber hinaus pflegen wir eine Kultur der mahnenden Erinnerung. Deshalb setzen sich die Jusos auch für ein Mahnmal für die Opfer rechter Gewalt in Leipzig ein.

Die Jusos sind in gesellschaftlichen Bündnissen präsent, die sich für eine demokratische Kultur und gegen Nazis einsetzen. In Leipzig sind das besonders das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC), das bei Projekttagen aufklärt und zu couragiertem Handeln motiviert, und das Bündnis „Leipzig nimmt Platz“, das seit 2009 regelmäßig die Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche koordiniert.

Auch bei Protestaktionen gegen das geplante NPD-Konzert am Völkerschlachtdenkmal am 20.08.2011 waren wir Jusos beteiligt. Neben Kirchen, Parteien, Abgeordneten, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen beteiligten auch wir uns an den Planungen der Proteste. Als eine von mehreren Gruppen haben wir eine



Kundgebung in unmittelbarer Sicht- und Hörweite zum Völkerschlachtdenkmal angemeldet. Diese Kundgebung wurde am 17.08. ebenso wie alle anderen Kundgebungen am gleichen Tag von der Stadt Leipzig verboten. Natürlich ist es positiv, dass das NPD-Konzert nicht stattgefunden hat. Jedoch bleibt ein fader Beigeschmack, dass alle Kundgebungen verboten wurden. Irritierend ist vor allem, dass sie am 12.08. zunächst genehmigt wurden. Nur fünf Tage später soll eine vollkommen andere Situation vorgelegen haben, so dass ein Verbot der Versammlungen ausgesprochen wurde. Dieses Verbot wurde im Eilrechtsverfahren vom OVG Bautzen letztendlich leider bestätigt.

Angesichts der besonderen Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit in unserer Demokratie bleibt zu hoffen, dass diese Entscheidung der Stadt nicht Schule macht. Das Verbot von Kundgebungen sollte nur als letztes Mittel des Rechtsstaates angewendet werden.

Auf die Herausforderungen durch alte und neue Nazis können wir nicht allein mit Verboten reagieren. Wir Jusos werden uns daher weiter dafür einsetzen, die Zivilgesellschaft zu stärken und antidemokratische Einstellungen zurückzudrängen. Egal ob auf der Straße, in Schulen oder Parlamenten: Der Kampf gegen Nazis bleibt ständiger Bestandteil der Juso-Arbeit.

Im kommenden Februar werden Neonazis um die sächsische NPD erneut versuchen, in Dresden den größten Nazi-Aufmarsch Europas stattfinden zu lassen. Auch hier werden wir uns als Jusos Leipzig aktiv an den Protestbündnissen beteiligen. Wir hoffen, dass auch im nächsten Jahr viele Busse mit Antifaschistinnen und Antifaschisten von Leipzig nach Dresden fahren werden und wollen gern wieder dafür in Leipzig werben.

Jan Freundorfer
Frank Franke

Jusos

Die Jusos, die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, umfassen alle Parteimitglieder bis 35 Jahre. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit einer Gastmitgliedschaft für junge Menschen, die ohne Parteimitgliedschaft bei uns mitarbeiten können, die sogenannte Nur-Juso-Mitgliedschaft.



Als aktivste Arbeitsgemeinschaft der Leipziger SPD decken die Jusos Leipzig ein breites Spektrum von Themen ab. Dabei setzen sich die Jusos gegen die Privatisierung von kommunalem Eigentum genauso wie für den Ausbau von Schulstandorten ein. Die Fragen der sozialen Gerechtigkeit unserer Gesellschaft werden gleichsam wie die Fragen zu einer nachhaltigen Ökologie gestellt.

Neben den monatlichen Mitgliedertreffen haben die Jusos verschiedene Arbeitskreise, die sich beispielsweise mit den Themen Kommunalpolitik, Umwelt & Energie oder Internationaler Politik auseinandersetzen.

Frank Franke



Fotos: Herschel

Willy Brandt Center Jerusalem

Ein Ort des Dialogs in Nahost

Das Willy Brandt Center (WBC) ist ein Begegnungszentrum auf der „grünen Linie“ zwischen Ost- und West-Jerusalem – neutrales Gebiet sozusagen, zwischen israelischem und palästinensischem Territorium, das beiden Seiten offen steht. 1996 haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Jusos, der Jugend der israelischen Arbeitspartei (Awoda) und der palästinensischen Fatah-Jugend entschlossen, auf Basis gemeinsamer Werte den Dialog über Frieden und soziale Gerechtigkeit zu verstetigen. Einige Jahre später stieß auch die israelische Meretz-Jugend hinzu. Über nationale Grenzen hinweg schmieden sie tagtäglich neue Friedensallianzen. Die Themen sind dabei so vielfältig und komplex wie die Region.

Die Ziele des WBC orientieren sich an den Ideen des Zivilen Friedensdienstes in Verbindung mit sozialdemokratischen Werten. Das WBC will Vertrauen und Solidarität zwischen jungen politischen Kräften stärken und mit ihnen gemeinsam aktive Formen der Koexistenz basierend auf sozialer und politischer Gleichberechtigung entwickeln.

Das WBC beherbergt mehrere wechselnde Projekte. Aktuell sind das:

- ein trilaterales Projekt der Parteijugendorganisationen (Jusos, Young Labor, Young Meretz, Young Fatah)
- das Projekt „Youth for a Democratic Change“ zur Stärkung der politischen und sozialen Partizipation von jungen Menschen in Palästina und für die demokratische Reform und Professionalisierung der Fatah-Jugend und Fatah
- das bilaterale Projekt der regionalen Mitgliedsorganisationen des weltweiten Dachverbandes der Falken, IFM-SEI (International Falcon Movement – Socialist Educational International)
- öffentliche Veranstaltungen wie Politische Cafés, Ausstellungen, Workshops und Seminare.

Außerdem bringt das Willy Brandt Center jedes Jahr Partnerorganisationen, Freundinnen und Freunde des Zentrums zu einer gemeinsamen Jahreskonferenz zusammen. Die diesjährige Konferenz am 22. Oktober stand unter dem Motto „Zeitgeist: Revolution“ und setzte sich länderübergreifend mit dem Protest junger Menschen gegen soziale Ungleichheit und Unterdrückung auseinander. Auch wenn die jungen Menschen auf dem Tahrir-Platz von Kairo, dem Rothschild-Boulevard in Tel Aviv oder der Puerta del Sol in Madrid vieles unterscheidet, eint sie der Wunsch nach Selbstbestimmung und Gerechtigkeit – so-



Jahreskonferenz 2011:
Zeitgeist Revolution

Foto: WBC Jerusalem

zialdemokratischen Werten. Die Veränderungen im Nahen Osten dienen dem dortigen Friedensprozess, indem sie die verkrusteten Konflikte und deren Protagonisten in Frage stellen und den zukunftsgerichteten Blick der Jugend ins Zentrum rücken.

Träger des Zentrums ist der Verein Willy-Brandt-Zentrum e.V. Dieser ist eine unabhängige Nicht-Regierungs-Organisation und hat seinen Sitz in Berlin. Vorsitzende ist die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles. Zu den Hauptaufgaben des Fördervereins gehören die Lobbyarbeit in Deutschland für das Projekt, die Beantragung von Projektmitteln, der Informationsaustausch sowie die Kontaktvermittlung zu europäischen, israelischen und palästinensischen Partnern und Institutionen. Zudem unterstützt er Bildungs- und Delegationsreisen, speziell für Gruppen aus der Sozialdemokratie, und ermöglicht Praktika im Willy Brandt Center. Der Verein freut sich immer über finanzielle Unterstützung und Fördermitglieder.

Mehr Informationen gibt es im Internet unter:
www.willybrandtzentrum.de



Diese Tür steht jungen Palästinensern, Israelis und Deutschen offen: Eingang ins WBC



Foto: Voigt/Falken Sachsen

Jan Freundorfer
Matthias Ecke



FASS

Forum
antirassistischer
Schüler_innen
in Sachsen

05. November 2011

Dinter-Mittelschule Borna

<http://fass.falcken-sachsen.de>

organisiert durch:



unterstützt von: